

Berliner Tageblatt

Nr. 276

und Handels-Zeitung

Montag, 14. Juni 1926

Druck und Verlag von Rudolf Olden in Berlin

Brasilien's Austritt aus dem Völkerbunde.

Offizielle Mitteilung nach Genf.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 14. Juni.

Der brasilianische Außenminister Ferriz Pacheco hat an den Generalsekretär des Völkerbundes folgendes Telegramm, datiert vom 12. Juni, gerichtet: „Brasilien hat der dem Völkerbund übermittelten Darlegung seiner Gründe, die inzwischen wohl bereits öffentlich bekanntgegeben und durch das Sekretariat den Völkerbundmitgliedern zugestellt worden ist, auf einen nicht ständigen Sitz im Völkerbund nicht beigetreten. In der Darlegung war im Schluß gesagt worden, daß Brasilien den gegebenen Augenblick abwartet, um die dem Völkerbund folgenden Schritte auf die Ehre eines Völkerbundmitgliedes folgen zu lassen. Da Brasilien in diesem Augenblick die Einladung zur öffentlichen Versammlung im September erhält, an der es sich nicht mehr beteiligen kann, so fühlt es sich verpflichtet, zu erklären, daß dieser Umstand es in die Unmöglichkeit versetzt, schon jetzt seinen Beschluß betreffend sein Austritt aus dem Völkerbund zu fassen, was durch diese Mitteilung geschieht. Dieses Telegramm soll als vorläufige Aufkündigung dieses Schrittes gemäß dem Schlußsatz des Artikels 1 des Völkerbundpaktes betrachtet werden.“

Der im letzten Satz des Telegramms angelegene Schlußsatz des ersten Artikels bestimmt, daß der Austritt eines Bundesmitgliedes, die Erfüllung aller seiner internationalen Verpflichtungen vorausgesetzt, nach zweijähriger Aufkündigung erfolgen kann. Brasilien würde also formell noch zwei Jahre die Rechte eines Mitgliedes ausüben können. Es ist aber kein Zweifel, daß seine Mitteilung eben den Sinn des Verzichts auf diese Rechte schon im jetzigen Augenblick hat. Der Minister bringt gerade zur Kenntnis, daß sein Land an der Völkerbundversammlung im September nicht mehr teilnehmen wird. Dadurch hat der Konflikt innerhalb des Völkerbundes endgültig die Lösung gefunden, über die schon am Tage des Ausscheidens Mello Franco aus dem Räte die Entscheidung gefallen war. Ein Ausgang, der auch vom Standpunkte der deutschen Politik, obgleich diese an dem häuslichen Streit des Völkerbundes nicht beteiligt war, nur bedauerlich werden kann. Denn die Wirkungskraft des Völkerbundes steht natürlich im direkten Verhältnis zu seiner Universalität. Es ist aber immerhin möglich, daß die Entwicklung früher als man heute denkt, einen Gang nimmt, der auch die jetzt mit dem Bunde unzufriedenen Mitglieder wieder zu einer Revision ihrer Haltung veranlassen wird.

Caligula.

Rudolf Olden,

Ludwig Luidde, ein altbewährter Demokrat und Friedensfreund, gab 1894, als er ein junger Historiker war, eine kleine Schrift heraus, „Caligula“, die Leben und Taten des berühmtesten römischen Kaisers schilderte. Heute, nach 32 Jahren und nachdem 30 Auflagen der Brochüre im Buchhandel längst vergriffen sind, hat er sich entschlossen, eine 31. Auflage zu veranstalten und hat dem knappen Essay aus der Geschichte des Altertums ein Nachwort hinzugefügt, das die Schicksale des Büchleins — habent sua fata libelli — wiedergibt. Man greift nach dem roten Bändchen, um die Erinnerung an einen starken Jugendbeindruck aufzufrischen, — und man findet sich bald aufs Aktuellste angezogen. Mitten hinein in die politischen Ereignisse des Tages führt uns die Erzählung, die noch lange nicht vergilbt sein wird.

Was den jungen Professor veranlaßt hatte, esahistisch den Charakter jenes an Särgen verfallenen Herrschers aus dem ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung zu skizzieren, war der Zufall einer Lektüre. Luidde las von ihm in Gerbers „Geschichte des römischen Kaiserturns“ und fand eine überraschende Ähnlichkeit mit den jüngeren Kaiser Wilhelms II., wie sie sich damals in seinen ersten Regierungsjahren gezeigt hatten. Aber wer heute nur ein paar Seiten des „Caligula“ gelesen hat, der kann kaum noch irgend etwas Gleichartiges zwischen der Geschichte jenes atronischen und der des letzten deutschen Kaisers konstatieren. Rückblickend stellt der Verfasser fest, und wir tun es mit ihm, daß die späteren Wege des Hohenregenten ganz andere waren als die des Juliers. dessen Regierungszeit war ein Wüten durch Blut und Drogen; Grausamkeiten und geschlechtliche Ausschweifungen machten ihn zu einem Verbrecher, der in so furchtbarem Ausmaß exzidieren konnte, weil ihm, beim Fehlen innerer Hemmungen kein Hindernis von außen entgegentrat, bis er endlich von einem seiner Offiziere miterlebt wurde. Wir, die wir das Leben Wilhelms miterlebt haben und es jetzt aus vielen Erinnerungswerten ihm nachsehen, wissen, als das irgend eine historische Ausschweifung, wie wir wissen, anders es verlaufen ist, wie viel geringeres Format, gerade im Wöhen, seine Natur hatte, wie viel schwächer sein Wollen war und daß er bei besten Willen eigentlich nur in Worten gesündigt hat. Aber wir wissen auch, wie viel furchtbarer endlich die Folgen seiner Charakteranlage gewesen sind. Das hemmungslose Ausleben der Triebe des Caligula brachte ihm einen frühen Tod; daß Wilhelm es mit Jügen und Zaubern auf eine 30 jährige Regierungszeit gebracht hat, das hat Deutschland in das Verderben des Weltkriegs und bis zum Friedensschluß von Versailles gebracht.

Rückblickend, wie gesagt, ist es uns leicht, festzustellen, daß die überraschende Parallele höchstens für wenige Jahre galt, und daß dann die Linien dieser beiden Charaktere im scharfen Winkel auseinanderliegen. Damals aber, als die kleine Schrift erschien und besonders, als die „Kreuzzeitung“ mit erlogener Entrüftung die Werbetrommel für sie geschlagen hatte, da war der Sensationserfolg der Satire darum so ungeheuer groß, weil niemand daran zweifelte, daß es gar nicht um den alten Römer ging, sondern daß ausschließlich und nur Wilhelm gemeint war, der doch noch im höchsten Glanze thronte. Man hielt die Quellenangaben, die Zitate aus Tacitus, Seneca und Lucius für eine spähafte Verschleierung, obwohl sie mit philologischer Akribie ausgewählt waren, man fand nicht nur Fehlstellen, nein man glaubte den Seldern der furchtbaren historischen Episode direkt im Repräsentanten der kaiserlichen Macht und der deutschen Nation zu erkennen. Kurz, man achtete gar nicht darauf, daß hier ein angesehener Geschichtsforscher sprach, der seinen Stoff durchaus beherrschte und nur ein vages Gedächtnis vielleicht zu einer politischen Warnung benutzen wollte, nein, man sah nur das Rampstüek und erschöpfte sich im Raten, woher sein Schöpfer denn so intime Kenntnis von den Vorgängen nicht am römischen, nein am deutschen Kaiserhofe haben mochte.

Und wer war „man“, wer war das Publikum, das heißhungrig die vermeintliche Edmähschrift verschlang? Luidde zitiert einen Zeitungsartikel aus dem Jahre des Erscheinens, in dem mit bitterem Tadel gesagt wird:

„Freilich von den Arbeitern und Handwerkern wurde das Buch nicht gekauft, und die „kleinen Leute“ auf dem Lande und in den Kleinstädten haben es auch überhaupt nicht gekauft; dagegen griff der „höhere Mittelstand“, gleichviel ob liberal, konservativ oder antimilitaristisch, die Schrift mit der größten Begeisterung auf. „Aber er hatte sich bereits die „Gedane des Geistes“ sowie der Geburtis- und Gebadeld wie auch das höhere Beamtenamt auf die „Studie“ hergestürzt.“

Und bei dieser Auswahl der Leserschaft waren eine Woche nach dem Erscheinen des Artikels in der „Kreuzzeitung“ 24 Auflagen mit 150 000 Exemplaren verkauft. Viel wichtiger und bedeutungsvoller als der Verkauf selbst ist, wie mir scheint, das Publikum, das er fand. Das gute Bürgerturn von 1894 also war es, dessen Gehirne von der Lektüre der grauenhaften Charakterisierung jenes Kaisers so sehr gereizt und bekräftigt wurde. Derselben Bürgerturns, das noch 29 Jahre lang diesen Kaiser ertragen, ja mehr und mehr verächtlich hat. Welch eine schwerverständliche und verderbliche Entwicklung zur Atrologie, zum Mißverständnis der vor Augen liegenden Historie unserer Tage!

Es soll keineswegs etwa das gewiß vielfach häßliche Vergleichen verteidigt oder gar glorifiziert werden, das damals die hunderttausende Angehörigen der Oberhäufigkeit empfanden, als sie irrtümlich annahmten, dem Kaiser werde Wahnsinn und

Der Fall Lessing vor der Entscheidung.

Der Studentenstreik dauert fort.

Das prominente Hannoveraner zu diesem unhaltbaren Zustand sagen.

Telegramm unseres Korrespondenten

Hannover, 14. Juni.

Die Gegenläufe der sich im hannoverschen Hochschulstreik gegenüberstehenden Parteien haben sich bis heute nicht wesentlich geändert. Das Kultusministerium denkt nicht daran, die Staatsautorität zu kompromittieren. Die Professoren bleiben weiter im Schlepptau der Studenten. Professor Lessing fällt sich unbedingt an seine Lehrtätigkeit gebunden. Die Studenten, durch die Sympathieüberhebungen anderer nationalisierter Studentengruppen zu neuen Driftigkeiten ermutigt, wollen den Kampf bis aufs letzte durchführen. Selbst wenn heute bei der Vorlesung Lessings infolge des Streiks der Studenten zu keinen ernsthaften Zwischenfällen kommen sollte, werden zu keinen ernsthaften Zwischenfällen herbeiführen. Die Lage der Sache ist doch gegenwärtig von der Studentenchaft herber. Die höchste Zustand an der Technischen Hochschule ein Skandal. Die Räume der Hochschule stehen im Zeichen des Studentenstreiks. Die meisten Vorlesungen können nicht gehalten werden. Die wenigen Studenten und Privatpersonen betreten die Hochschule, um die gleiche unwürdige Schauspielerei, mit dem die rebellischen Studenten eine prächtige Vorkriegslegung an dieser Fakultät erzwungen, wird für den morgigen Tag erwartet, an dem die Studenten ebenfalls der Hochschule fernbleiben. Unverkündet ist es, daß noch dieser katastrophalen Folge der Studentenchaft unter einem großen Teil der Professorenchaft noch immer die Meinung besteht, daß den ausgesprochenen und noch zu erwartenden Delegationen ein Mandat des Ministers erteilt werden sollte. Ich nahm Gelegenheit, die Reihe prominenter Persönlichkeiten der Stadt Hannover um eine Meinungsäußerung über das gegenwärtige unüberwindliche Verhältnis an der Technischen Hochschule zu bitten. Die meisten der Auffassung, daß es wie jetzt nicht weiter gehen kann und daß den Treibereien der nationalisierenden Studenten endlich ein Ende bereitet werden muß. So erklärte mir Vizepräsident v. Hornad von der Regierung in Hannover: „Man schilt den preussischen Kultusminister einen atronischen Reitersturz. Sehr zu unrecht, denn tatsächlich kämpft Dr. Weder für die akademische Freiheit gegen jenen Geist der terroristischen Indulgenz, der in den Hochschulstreik weitergeführt hat. Professor Lessing, ein von Gelehrten anerkannter Mann, mag in seiner außerordentlichen publizistischen Tätigkeit Eigenwilliges hat er dabei nicht begangen. Ich halte man gleichzeitig alle jene akademischen Lehrer diszipliniert, die seit Jahr und Tag gegen den neuen Staat und seine Repräsentanten mit Taktlosigkeit vorgehen. Was der Staat ablehnt, mag den Studenten auf eigene Faust; sie verhindern Professor Lessings Vorlesungen durch Wadau. Die Professoren betreten dafür weitgehendes Personal. Und selten sind wohl die Grundrechte des akademischen Körpers von Akademikern selbst so leichtfertig aus dem Spiel geführt worden. Wäre es dem Minister gelungen, diese Grundrechte auch dem Wort ihrer, der eigenen Inhaber, zu stabilisieren.“ Landtag und Redee vertrat folgenden Standpunkt: „Hätten die Studenten verfassungsmäßig protestiert, niemand würde ihnen das verwehrt haben. Sie hätten wahrscheinlich auch mehr Erfolg damit. Wenn das Recht auf ihrer Seite wäre. Aber das heuert! Wer glaubte, als der erste Reichspräsidenten von gewissen Professoren mit Schmutz be-

worfen wurde, kann natürlich nicht erwarten, daß aus Protest gegen jemand, der den zweiten Reichspräsidenten, nach dem von seiner Wahl, angegriffen hat, sonderlich ernst genommen werde. Die Studenten haben offenbar Deutschland mit Italien bewechselt, als sie versuchten, durch tätliche Bedrohung Professor Lessing zur Niederlegung seines Lehramtes zu zwingen. Im übrigen finde ich es geradezu komisch, in der Mahnung der rabiaten studentischen Terroristen eine Schädigung nationaler Interessen erblicken zu können. Man sollte im Gegenteil der Stadt Hannover und ihrer Bevölkerung dazu gratulieren, daß sie durch das feste Zugreifen der Regierung endlich von tabulativen Elementen befreit worden ist, die je länger je mehr das Ansehen Hannovers aufs schlimmste in Mitleid bringen.“

Die Professoren haben Kopfschmerzen.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Hannover, 14. Juni.

Wie ich höre, tritt die Professorenchaft der Technischen Hochschule Hannover heute abend 6 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um sich mit ihrer Stellungnahme zum Fall Lessing zu beschäftigen. Es scheint, als wenn ihr der Brief an den Minister nachträglich doch einige Kopfschmerzen verursacht und daß sie sich zum mindesten nicht mit der Auslegung ihrer Meinungsäußerung, wie sie von den Studenten bei der Kundgebung in der Stadthalle erfolgt ist, einverstanden erklären. Wir glauben indes nicht, daß es möglich sein wird, noch außer hin eine scharfe Scheidung zwischen den Ansprüchen des Lehrkörpers und denen der Studentenchaft zu konstruieren.

Wie berichtet, besteht in der hannoverschen Studentenchaft ein geheimes Kampfschloß, der die Hege gegen Professor Dr. Lessing betrifft. In diesem Ausschuss ist es heute zu ersten Instanz mitgeteilt worden, die erkennen lassen, daß sich die Studenten über ihre Wollen überhaupt gar nicht im Klaren sind. Nachdem man erst die Driftigkeit hatte, den Rücktritt Dr. Weders zu fordern, streiten sich die Rebellen jetzt darüber, wie sie sich beim Kultusministerium am besten über Lessing beschwerten können. Eine Gruppe will sich mit der Einbringung literarischer Arbeiten Lessings an das Kultusministerium begnügen, während die anderen die Abfassung einer längeren Beschwerdeschrift verlangt.

Die Bonner Studenten gegen die Streikparole

Telegramm.

Bonn, 14. Juni. (W. Z. B.)

Die Bonner Studentenchaft teilt mit, daß sie es ablehne, den von der deutschen Studentenchaft anlässlich der Angelegenheit Lessing für die hannoversche Studentenchaft gewünschten Sympathiestreit zu unterstützen. Sie habe keine Veranlassung, ihre Haltung irgendwie bestimmen zu lassen und könne erst dann zu der gesamten Frage Stellung nehmen, wenn ein objektiver Bericht über die Vorgänge in Hannover vorliege.

Wien, 14. Juni. (W. Z. B.)

Die Morgenblätter melden, daß ein Teil der hannoverschen Studenten beabsichtigt, nach Wien zu kommen, um hier an der Technischen Hochschule die Studien fortzusetzen.